

Ausschuss für Inneres und Sport

(37. - öffentliche - Sitzung am 29. November 2018)

Beratungsthemen:

1. **Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden des Landessportbundes Herrn Rawe zur Förderung des Sportstättenbaus und über die Sportförderung im Allgemeinen**

Der Ausschuss führte das Gespräch und in diesem Zusammenhang auch eine Aussprache über den Änderungsvorschlag (Vorlage 3) zum Gesetzentwurf für den Haushaltsplan 2019 ([Drs. 18/1269](#) neu) zur Erhöhung der Ansätze im Niedersächsischen Sportförderungsgesetz.

2. a) **Beschlussfassung über einen Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung über die Überstundenpraxis während der Amtszeit von Herrn Oberbürgermeister a. D. Weil**

Der Ausschuss beschloss einstimmig, die Landesregierung um eine mündliche Unterrichtung zu bitten.

b) **Aktenvorlage gemäß Artikel 24 Abs. 2 NV zu Vorgängen im Nds. Ministerium für Inneres und Sport betreffend die sogenannte „Rathaus-Affäre“**

Der Ausschuss schloss sich dem Aktenvorlagebegehren der Ausschussmitglieder der Fraktionen der Grünen und der FDP einstimmig an.

3. **Entwurf eines Gesetzes über die Wahl der Mitglieder der Verbandsversammlung des Regionalverbandes „Großraum Braunschweig“**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/1408](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung ab. Er empfahl dem Landtag vorbehaltlich der Zustimmung des mitberatenden Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: GRÜNE, FDP, AfD

Enthaltung: -

Berichterstatter (schriftlicher Bericht): Abg. Bernd-Carsten Hiebing (CDU).

4. **Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Generationengerechtigkeit (2. Nachtraghaushaltsgesetz 2018)**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 18/2023](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Haushalt und Finanzen an, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: FDP, AfD

Enthaltung: GRÜNE

5. **Feierliche Gedenkstunde zum Jahrestag des 28. August 1941**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/599](#)

Der Vertreter der AfD-Fraktion kündigte an, seine Fraktion werde einen Änderungsvorschlag einbringen oder den vorliegenden Antrag zurückziehen und einen neuen vorlegen.

6. **Konsequente Abschiebung von Gefährdern, Syrien-Rückkehrern und Salafisten**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/598](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung ab. Er empfahl dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, FDP, GRÜNE

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

7. a) **Zivilbevölkerung in Syrien schützen - niedersächsischer Verantwortung gerecht werden!**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/830](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung ab. Er empfahl dem Landtag vorbehaltlich der Zustimmung des mitberatenden Ausschusses für Haushalt und Finanzen, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, FDP, AfD

Ablehnung: GRÜNE

Enthaltung: FDP

b) **Familiennachzug dauerhaft aussetzen**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/843](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung ab. Er empfahl dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, FDP, GRÜNE

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

8. **Bleiberechtsregelung verbessern - echte Perspektiven für integrierte junge Menschen schaffen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/1528](#)

Der Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

9. **Einrichtung einer Regierungskommission - politische Versäumnisse in der Sicherheitsstruktur aufarbeiten und verbessern**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1385](#)

Der Ausschuss bekräftigte mit den Stimmen der Vertreter der Koalitionsfraktionen und gegen die Stimmen der Vertreter der Fraktionen der Grünen, der FDP und der AfD seinen Beschluss, den Antrag gemeinsam mit dem Reformgesetz zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung und anderer Gesetze ([Drs. 18/850](#)) zu beraten.

10. **Unterrichtung durch die Landesregierung zur versehentlichen Übersendung von vertraulichen Akten durch die Polizei Görlitz an Herrn Rechtsanwalt Adam, Göttingen, sowie die Speicherung von Daten eines Journalisten im System INPOL und dessen mutmaßliche Beobachtung durch den Staatsschutz**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.